Bauhinienstr. 300

Bekanntmachung.

Betreff: Baubeschränkungen für das Gebiet zwischen der Nikolaus-Hofmann-, Wozart-, Bodelschwingh-Straße und dem Alten Wartweg in Schweinfurt.

Die Regierung von Mainfranken hat für das obenbezeichnete Baugebiet mit R. E. vom 27. 6. 1937 Nr. 187 a 1 die Abänderung der Baubeschränkungen wie folgt festgesetzt:

1. Die Anzahl der Stockwerke wird auf 2 (Erd- und Obergeschoß) beschränkt.
Ausgenommen sind Neubauten an der Nikolaus-Hofmann-Straße, wo 3-geschossige Bauweise (Erd- und 2 Obergeschosse) zugelassen wird.
Das Dachgeschoß darf zu Wohnzwecken ausgebaut werden, wenn ausreichende Speicher- und Bodenräume nachgewiesen werden und wenigstens die Hälfte des Bodenraumes für Speicher- und Trockenräume verfügbar bleibt.
2. In jedem Anwesen muß die unüberbaute Fläche mindestens zweimal so groß sein als die überbaute Fläche.
3. Die Anlage von gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben, Fabriken, Handelsstallungen und Tierzuchtereien ist verboten.

Gegen diese Veröffentlichung steht jedem Beteiligten innerhalb 14 Tagen — vom Zustellungstag ab gerechnet — Beschwerde zur Regierung von Mainfranken zu. Die Beschwerde ist bei der Stadtverwaltung Schweinfurt einzureichen und zu begründen.

Schweinfurt, den 31. August 1937.

Der Oberbürgermeister.

I. B e k a n n t m a c h u n g .

Betreff: Baubeschränkungen für das Gebiet zwischen der Nikolaus-Hofmann-Mozart-Bodelsschwinghstraße und dem Alten Wartweg in Schweinfurt.

Die Regierung von Mainfranken hat für das obenbezeichnete Baugebiet mit R.E. vom 27.6.1937 Nr. 187 a 1 die Abänderung der Baubeschränkungen wie folgt festgesetzt:

1.) Die Anzahl der Stockwerke wird auf 2 (Erd- und Obergeschoß) beschränkt.

Ausgenommen sind Neubauten an der Nikolaus-Hofmannstraße, wo 3 geschoßige Bauweise (Erd- und 2 Obergeschoße) zugelassen wird.

Das Dachgeschoß darf zu Wohnzwecken ausgebaut werden, wenn ausreichende Speicher- und Bodenräume nachgewiesen werden und wenigstens die Hälfte des Bodenraumes für Speicher- und Trockenräume verfügbar bleibt.

⇒ 2.) In jedem Anwesen muß die unüberbaute Fläche mindestens zweimal so groß sein als die überbaute Fläche.

3.) Die Anlage von gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben, Fabriken, Handelsstallungen u. Tierzuchtereien ist verboten.

Gegen diese Veröffentlichung steht jedem Beteiligten innerhalb 14 Tagen - vom Zustellungstag ab gerechnet - Beschwerde zur Regierung von Mainfranken zu. Die Beschwerde ist bei der Stadtverwaltung Schweinfurt einzureichen und zu begründen.

Schweinfurt, den 31. August 1937.

Der Oberbürgermeister:

- II. An die Materialverwaltung (Druckerei) zur Anfertigung von 155 Stück Abdrucken vorstehender Bekanntmachung.
- III. Auszufertigen an die Mainfränkische Zeitung .

Beilage: 1 Abdruck.

Ich ersuche um Veröffentlichung beiliegender Bekanntmachung in der Mainfränkischen Zeitung.

- IV. Auszufertigen an das Schweinfurter Tagblatt und an das Volksblatt

In der Anlage übermittle ich Ihnen eine Bekanntmachung vom 31. August 1937 zur kostenlosen Verwendung.

- V. Auszufertigen an die auswärtigen Grundstücksbesitzer gegen Zustellungsnachweis.

1. Generaldirektor Bruno Schubert in Frankfurt a.M. Wendelsweg 6
2. Ida Büchs, Arbeiterfrau in Niederlauer,
3. ~~Anna Blöndinger in Würzburg~~
(u. den 9 Genossen der Erbgemeinschaft)

Beilage: 1 Abdruck.

In der Anlage übermittle ich Ihnen einen Abdruck der Bekanntmachung vom 31. August 1937.

- VI. An die übrigen Grundstücksbesitzer laut beiliegender Aufstellung zur Aushändigung eines Abdruckes gegen Unterschrift.

- VII. Zurück ins Stadtbauamt.

Schweinfurt, den 31. August 1937.

Der Oberbürgermeister:

Pfaff

*Kubler
Kubler*

III, IV 2, V

gef. 31. 8. 37 g.

III, IV u. V bef. Abt. 14. 9. 37.

*an drei Rängen:
zur Beweigung von Art. VI*

*Stadtbauamt
Schweinfurt*

Stadtbauamt Schweinfurt
27. SEP. 1937
J.No

- I. Beschwerden wurden keine eingereicht.
Die Baubeschränkungen sind somit rechtskräftig.
- II. Ein Abdruck der Beschränkungen wurde dem Stadtbauamt - Baupolizei - übermittelt. *(Anfallbau freum 16.11.37)*

Schweinfurt, den 15. Oktober 1937.

Regierung v. Unterfranken u. Aschaffenburg,
Kammer des Innern.

(Regierungskassenamt: Guthaben bei der Bayer. Staatsbank Würzburg,
ferner Postsparkonto Nürnberg 6708.)

STADTRAT
SCHWEINFURT
Eing. 14. APR. 1934

2581

An

den Stadtrat
Schweinfurt.

1934
14 APR. 1934
Schweinfurt

Betreff:

Baulinienfestsetzung für das
Gebiet zwischen der Nikolaus
Hofmannstr., der Bodelschwing-
straße, der Straße 84 und dem
Alten Wartweg in Schweinfurt.

I.

Zum Antrag v.12.3.34 Nr.2581/
1351.

Dem Antrage des Stadtrats v.12.3.34
gemäß werden die Baulinien und Höhenlagen
für das Gebiet zwischen der Nikolaus Hof-
mannstraße, der Bodelschwingstraße, der
Straße 84 und dem Alten Wartweg nach dem
vom Stadtrat genehmigten Auflageplan vom
10.3.32 festgesetzt.

Beilage:
Aktenheft.

Die fristgemäß eingelaufene Einsprüche
sind, soweit sie nicht gegenstandslos ge-
worden sind, abzuweisen.

In den Einsprüchen wird im Einzelnen
noch bemerkt:

1. u. 2. Die Einsprüche Federolf und
Wilhelm Heß sind durch den Ankauf der Grund-
stücke Pl.Nr.5727 u.28 und 5779 durch die
Stadtgemeinde gegenstandslos geworden.

3. Christian Hofmann u.Genossen:

Eine Verschiebung der Hermann Lönsstr.
zu Gunsten der beteiligten Grundeigentümer
ist nicht möglich. Die Grundabtretungen
zur Nikolaus Hofmannstraße und Hermann
Lönsstr. sind unbeträchtlich. Der Ein-
spruch ist daher abzuweisen.

4. Gebrüder Riedel und Johann Prappacher:

Die Breite von 10 m für die Franz Liststr. ist berechtigt.

Da die Bebauung der fraglichen Grundstücke nicht benachteiligt wird, ist der Einspruch abzuweisen. Dem zweiten Teil des Einspruchs wird durch die Neufassung der Ziff.3 der Baubeschränkungen Rechnung getragen.

5. Leonhard Köder:

Der Einspruch ist durch die Neufassung der Ziff.3 der Baubeschränkungen berücksichtigt.

Nach eingetretener Rechtskraft dieses Bescheids, von welchem den Beteiligten nach B/. § 64 Kenntnis zu geben ist, wolle eine beglaubigte Zweitfertigung des Auflageplanes für den Regierungsakt vorgelegt werden.

II.

Die vom Stadtrat mit Beschluß vom 10.u.31.3.32 genehmigten Baubeschränkungen für das Gebiet zwischen der Nikolaus Hofmannstraße, der Bodelschwingstraße, der Straße 84 und dem Alten Wartweg werden für vollziehbar erklärt.

J. V.

Stadtr. Sitz. Nr. 7

Ziffer 24/Bgl.

Nr. 2581

Schweinfurt, 17. 4. 34.

I. Obige Reg. Entschliessung wurde in heutiger Sitzung zur Kenntnis genommen.

II. Ins Bauamt zur weiteren Veranlassung.

1357 Stadtrat:

12
Stadtbauamt
25. APR. 1934
Schweinfurt

Pöhl Linn

Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg.

(Regierungskassenamt: Guthaben bei der Bayer. Staatsbank Würzburg
ferner Postscheckkonto Nürnberg Nr. 6708.)

An

den Herrn Oberbürgermeister
der Stadt

Schweinfurt.

Betreff :

Festsetzung der Baubeschränkungen
für das Gebiet der Nikolaus Hof-
mannstrasse, Mozartstrasse, Bodel-
schwinghamstrasse und dem Alten
Wartweg in Schweinfurt.

P

Stadt Schweinfurt
Eing: 28. JUN. 1937

4036

Stadtbaupamt
29. JUN 1937
Schweinfurt

2507

Die von der Stadt Schweinfurt
auf Grund des Entscheides des Ober-
bürgermeisters vom 11.5.37 beantragte
Aenderung von Zi. 1 der mit RE.v.
7.4.34 Nr. 187 a 2 für vollziehbar er-
klärten Baubeschränkungen für das Ge-
biet zwischen der Nik. Hofmannstr.,
Mozartstr., Bodelschwinghamstr., der
Strasse 84 und dem Alten Wartweg in
Schweinfurt wird genehmigt; jedoch
ist der 2. Satz bez. der Ausbaufähig-
keit des Dachgeschosses wie folgt zu
ergänzen : "und wenigstens die Hälfte
des Bodenraumes für Speicher- und
Trockenräume verfügbar bleibt".

J.V.

Günther

Betreff: Ergänzung der mit RE vom 27.6.1937 Nr.187 a 1 festgesetzten Baubeschränkungen für das Gebiet zwischen Nikolaus-Hoffmannstraße-Mozartstraße-Bodelschwinghstraße und dem alten Wartweg in Schweinfurt

In vorbezeichneter Sache

erläßt die Regierung von Unterfranken auf Grund der §§ 2 - 5, 58 und 59 der bayer.BO vom 17.2.1901 in neuester Fassung folgenden

B e s c h e i d :

- 1.) Auf Antrag des Stadtrats Schweinfurt vom 5.7.1954 Nr.611/Eh/Sö 3228 werden die mit RE vom 27.6.1937 festgesetzten Baubeschränkungen für das Gebiet zwischen Nikolaus-Hoffmannstraße-Mozartstraße-Bodelschwinghstraße und dem alten Wartweg in Schweinfurt unter Anfügung einer Ziff.4 ergänzt wie folgt:
"Die Errichtung von Verkaufsstellen und solchen gewerblichen Betrieben, die nach ihrer Beschaffenheit und Einrichtung keine erhebliche Belästigung für die Nachbarschaft bilden, ist gestattet."
- 2.) Die Kosten des Verfahrens fallen der Stadt Schweinfurt zur Last. Gebühren und Auslagen im Sinne des Art.163 Abs.1 Ziff.5 KostenG werden nicht erhoben.

G r ü n d e :

Der Stadtrat Schweinfurt hat am 5.7.1954 die Ergänzung der mit RE vom 27.6.1937 Nr.187 a 1 festgesetzten Baubeschränkungen im Sinne des Entscheidungssatzes bei der Regierung von Unterfranken beantragt.

Die verfahrensrechtlichen Erfordernisse des § 61 BO sind erfüllt.

Eine Baulinienabänderung ist nicht beantragt.

Einsprüche wurden von den 40 beteiligten Grundstücksbesitzern nicht erhoben.

Gegen die Ergänzung bestehen deshalb keine Bedenken.

Die Kosten des Verfahrens fallen gem. § 79 Abs.2 BO in Verbindung mit dem Bayer.Kostengesetz vom 16.2.1921/18.3.19 (GVBl.S.134/209) der Stadt Schweinfurt zur Last. Gebühren diesen Bescheid und Auslagen im Sinne der Art.163 Abs.I Ziff.1 und 5 KG kommen nicht in Ansatz; Art.3 Ziff.1 und Art.163 Abs.1 Ziff.1

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb von zwei Wochen Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist möglichst in zweifacher Ausfertigung - bei der unterfer

Regierung von Unterfranken, Würzburg, Burkarderstr.44 zur Weiterleitung an das zur Entscheidung über die Beschwerde zuständige Bayer.Staatsministerium des Innern schriftlich einzureichen. Die Beschwerde muß einen bestimmten Antrag enthalten. Die Beschwerdepunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Sollte auf die Beschwerde ohne zureichenden Grund binnen angemessener Frist kein Bescheid ergehen, so kann Anfechtungsklage beim Bayer.Verwaltungsgerichtshof München, Ludwigstr.14, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Verwaltungsgerichtshofes erhoben werden, aber nur innerhalb von sechs Monaten seit Einlegung der Beschwerde. Bei Erhebung der Anfechtungsklage ist folgendes zu beachten:

Die Anfechtungsklage soll als solche bezeichnet werden. Sie muß einen bestimmten Antrag enthalten. Die Anfechtungspunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden. Wird die Anfechtungsklage schriftlich erhoben, so sind die Klage und die weiteren Schriftsätze samt Anlagen in so vielen Ausfertigungen einzureichen, daß jedem Beteiligten eine Ausfertigung und der Staatsanwaltschaft beim Verwaltungsgerichtshof zwei Ausfertigungen zugestellt werden können.

Würzburg, 27.November 1954
Regierung von Unterfranken

I.A.

gez. Maag
Regierungsrat